



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/111

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

15. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Entscheidung des Bundesrates	S. 1
Das Verhältnis von Regierung und Opposition in England	S. 3
Die Bekehrung des Herrn Kraft	S. 5
Das Schicksal Dahlems	S. 6

Über die Hintertreppe

F.R. Die Freitag-Sitzung des Bundesrates und ihr Ergebnis werden in die Geschichte dieser gerade in den letzten Monaten so stark umstrittenen Gesetzgebungskörperschaft als eine sehr unerfreuliche Episode eingehen: Es war alles auf Anweisung des Kanzlers und in Übereinstimmung mit dem in größte parteipolitische Schwierigkeiten geratenen Bundesratspräsidenten abgesprochen und über einen Antrag des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates wurde dann entsprechend beschlossen. Was vor drei Wochen mißlang, wurde über die Hintertreppe des Malerschen Kompromißvorschlages einigermaßen nachgeholt: Die Nichtzustimmungsbedürftigkeit der beiden Hauptverträge festzustellen und die beiden anderen Komplexe als zustimmungsbedürftig anzunehmen.

Die Mehrheit des Bundesrates hat sich damit in schroffen Gegensatz zu dem früheren Beschluß gestellt, unter allen Umständen vor einer politischen Entscheidung auf der verfassungsmäßigen Klärung der Frage zu bestehen. Er hat weiter seine wesentliche föderalistische Aufgabe, Mitwirkung bei der Gesetzgebung, vernachlässigt, indem er im Gegensatz zu seiner früheren einhelligen Auffassung von der Zustimmungsbedürftigkeit der Verträge nun mit Mehrheit die Auffassung vertrat, die Hauptverträge seien nicht zustimmungsbedürftig. Das ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang der Selbstdemütigung des Gremiums der Länderregierungen vor

dem politischen Willen der Bundesregierung, der auf die Dauer das Ansehen des Bundesrates aufs Schwerste gefährden muß.

Zusätzlich beschämend war - und unterstrich den Charakter eines abgekarteten Spiels noch mehr - daß sich von der Regierungsseite niemand erhob, um sich mit den sachlichen Erklärungen des Hamburger Bürgermeisters Brauer und des hessischen Ministerpräsidenten Zinn auseinanderzusetzen. Das zeigte besonders klar das tiefe Unbehagen bei der Mehrheit des Bundesrates darüber, daß es nicht gelungen ist, die Widerstände gegen die Verträge in dieser Körperschaft so weit auszuräumen, daß es zu einem klaren Ja kommen konnte. Es war zu beobachten, daß Staatssekretär Hallstein ganz offensichtlich an einer bestimmten Stelle der Diskussion das Wort ergreifen wollte, daß aber der ebenfalls anwesende Vizekanzler abwinkte - wozu sich exponieren, wenn alles unter der Hand geregelt ist? Der Bundesrat wird nun freilich hinhinnehmen müssen, daß in breitesten Kreisen der Bevölkerung der Eindruck entstanden ist, er habe sich zu einem gefügigen Instrument der Bundesregierung degradieren lassen. Schließlich ist zu sagen, daß der Beschluß nur möglich geworden ist, weil Reinhold Maier gegen einen Mehrheitsbeschluß seiner Regierung für die sogenannte kleine Lösung gestimmt hat.

Wie weit diese Tatsache hingenommen werden wird, bedarf noch der Klärung. Auch über das Verbleiben der sozialdemokratischen Minister im baden-württembergischen Kabinett wird in Stuttgart entschieden werden, wenn auch nach allen vorangegangenen Gesprächen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß nach dieser Bundesratssitzung die gegenwärtige Regierung Maier nicht im Amte bleiben wird.

Die rechtliche Situation hat durch die Beschlüsse am Freitag eine Klärung erfahren. Der Weg für die Normenkontrollklage ist jetzt ganz einwandfrei offen und es ist höchstwahrscheinlich, daß die Klage eine Erweiterung im Hinblick auf die formale (nicht nur sachliche) Vereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz erfahren wird.

Daß der Bundesrat, wenn er auch kein klares Ja zu den Verträgen gesprochen hat, sich durch seinen Freitag-Beschluß doch in etwa dem Willen des Kanzlers gerade in einem Augenblick gebeugt hat, in dem durch die Churchill-Rede und die Beschlüsse des Answärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung eine weitgehende Veränderung der internationalen Situation eingetreten ist, macht die Stellungnahme doppelt unverständlich.

Weitgehende Einigkeit in der britischen Außenpolitik

B.C. - London

Es wird von jeher in Großbritannien als wünschenswert betrachtet, daß über Fragen der Außenpolitik Regierung und Opposition sich grundsätzlich einig sein sollen - eine Harmonie, die zwar nicht immer erreicht, doch fast immer ehrlich angestrebt wird. Man erkennt auf beiden Seiten die Vorteile der Kontinuität in den Beziehungen zum Ausland trotz Regierungswechsel und erlegt sich Mäßigung in auswärtigen Sachen auf, selbst wenn man auf anderen Gebieten einander bekämpft. Und nicht immer findet die Mäßigung der Verantwortlichen auf der Regierungs- und der Oppositions-Frontbank des Unterhauses die volle Billigung der hinter ihnen sitzenden "backbenchers", des Reih- und-Glied der Fraktionen.

So war es bezeichnend, daß in seiner staatsmännischen Rede in der außenpolitischen Debatte des Unterhauses Premierminister Churchill fast durchgehend viel mehr Beifall von Seiten der Labour-Opposition erhielt, während seine eigene konservative Regierungspartei zumeist stumm, mit oft finsternen Gesichtern dasaß. Nur zweimal im Laufe der Rede kehrte sich die Lage um: Zuerst, als Churchill mit kriegerischer Fanfare den Ägyptern drohte, war Labour bestürzt, entsetzt und schweigsam, wogegen die Toryseite mit minutenlangen "cheers" reagierte. Sodann, als der Premierminister mit Betonung erklärte: "Man kann sehr wohl Dr. Aderauer als den weisesten deutschen Staatsmann seit Bismarck ansehen..." zollten ihm die Konservativen Beifall, während die Opposition schwieg, ja, einer von ihnen gar murrte: "Was war verkehrt mit Stresemann?".

Clement Attlee, der Oppositionsführer, erklärte in seiner Antwortrede Punkt für Punkt, wo er mit den Ausführungen Churchills übereinstimme, kritisierte jedoch freimütig die Politik der Regierung gegenüber Ägypten, die der Empfindlichkeit einer jungen Nation nicht genügend Rechnung trage. Auch hinsichtlich der deutschen Frage weichen Attlees Ansichten in wichtigen Punkten von der von Churchill vorgetragenen ab. "Wir wünschen ein geeintes demokratisches Deutschland, doch wäre es ein ernster Fehler vorzuschlagen, daß ein geeintes Deutschland automatisch zu einem Teil der NATO werde. Die Russen würden notwendigerweise dagegen sein, genau so, wie wir dagegen wären,

etwa Deutschland zu einem Satelliten des Sowjetreiches zu machen". Eine Stellungnahme zu Sir Winstons überschwenglicher Lobhude lung Dr. Adenauers unterließ Attlee betont, was umso kennzeichnender wirkte als er auf alles übrige meist zustimmend, nur in einigen Dingen kri tisch einging.

Umso ausgesprochener aber befaßte sich ein Labour-"backbencher", Richard Crossman, mit diesem Punkt: Er wies darauf hin, daß es nicht nur in Amerika Leute gebe, die ein Privatinteresse an der Fortsetzung des "kalten Krieges" hätten, die beim ersten Flüstern des Wortes "Frieden" die Börsenkurse zu panikhaftem Sturz brächten. Adenauer und seine Partei hätten ebenfalls aus dem "kalten Kriege" politisch wie wirtschaftlich riesiges Kapital geschlagen. "Was würde passieren", meinte Crossman, "wenn jetzt plötzlich der kalte Krieg auftaut, wenn der Friede ausbricht? Die Dollars, an denen sich die westdeutsche Industrie nährt, würden aufhören zu fließen und Dr. Adenauer würde seine knappe Mehrheit verlieren und damit die Macht, die ihm so viel bedeutet, Warum spricht man überhaupt von Adenauer, als ob er Deutsch land sei? Heute schon vertritt er nur eine Minderheit der Deutschen selbst in der Westrepublik". Es gibt auch noch andere Deutsche, es gibt vor allem einen gewissen Ollenhauer, der das Vertrauen der Mehr heit der Deutschen besitzt, der überwältigenden Mehrheit sogar, wenn Deutschland erst wiedervereinigt ist..."

Viel Beachtung fand Attlees Analyse des Systems der amerikani schen Demokratie, wobei er insbesondere auf die Teilung der tatsächli chen Macht zwischen der präsidentiellen Verwaltung und dem Congress hinwies. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo der Premierminister seine Außenpolitik vor dem Unterhause darlegt und sie so zur Politik der ganzen Nation macht (oder aber abtreten muß), redet die USA mit min destens zwei einander häufig widersprechenden Stimmen - der des Präsi denten und der des Congresses. Manchmal sogar mit mehreren, wie kürz lich, als Präsident Eisenhower seine vielbeachtete Friedensrede hielt und an folgenden Tage sein eigener Staatssekretär Foster Dulles etwas ganz anderes verkündete, das weniger friedlich klang. So könne man ni sicher sein, was nun wirklich Amerikas Außenpolitik sei, und selbst wenn Eisenhower erfolgreich von einer Viererkonferenz nach Hause kom me, sei es wohl möglich, daß die unübersichtlichen Kräfte und Druck gruppen seine Politik über den Haufen werfen und ihn desavouieren, wie es bereits 1919 Wilson geschah, nachdem er in Versailles den Völ kerbundspakt unterzeichnete.

Nichts konnte so sehr die Vorzüge einer in ihren großen Linien zwischen Regierung und Opposition unstrittigen Außenpolitik betonen, wie dieses von Oppositionsführer Attlee im einzelnen dargelegte Bei spiel von den Schwierigkeiten Amerikas in der Erzielung einer verläß lichen Außenpolitik.

Vom BHE zum westdeutschen Block

(sp) Als "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" begann die Partei des Herrn Kraft. Als ihre Gründer und Helfer in Kabinettposten untergebracht waren, hörte die Partei auf in Fragen des Lastenausgleichs, der Steuer- und Wirtschaftspolitik ein energischer Vertreter der Forderungen der Heimatvertriebenen zu sein. Man wandte sich - und auch das nur in der Propaganda - der deutschen Einheit zu und wählte den Namen "Gesamtdeutscher Block". Das war im November 1952. Aber auch die in diesem Wort dokumentierte politische Grundhaltung war von kurzer Dauer. Mit Krafts Umfall in der Frage der Verträge und damit mit der Bereitschaft zum Verzicht auf eine aktive Politik für die deutsche Einheit in Freiheit wurde aus der Partei eine Art "westdeutscher Block", stets bereit zu neuen Änderungen des Kurses. Was oder wen die Partei noch vertritt, weiß niemand zu sagen. Der BHE von 1953 scheint nur einen einzigen Programmsatz zu haben und der heißt: "Wir sind zur Vertretung jeder Meinung und zu jedem Bündnis bereit, wenn es der Parteiführung etwas einbringt".

Im September 1952 erklärte Herr Kraft unter der Überschrift "Ungewiss und ungedeckt", der General- und EVG-Vertrag entspreche nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung. Er bezeichnete zahlreiche Bestimmungen als eine "Zumutung, die wir glauben ablehnen zu müssen". Er sagte weiter: "Wir meinen, daß wir keinem Vertrag unsere Zustimmung geben wollen, von dem wir überzeugt sind, daß er auf die Dauer nicht gehalten werden kann. Ohne eine Revision des Vertrages wird der BHE nicht zustimmen können". In Goslar erklärte dann Kraft, die Lösung der sozialen Fragen sei für den BHE die Voraussetzung für ein Ja zu den Verträgen.

Aus dem Umfall des BHE können also seine Wähler entnehmen, daß für die Parteiführung die sozialen Fragen ausreichend gelöst worden sind. Die Gründe für die Wendung vom Nein zum Ja der Verträge sind jedoch noch kennzeichnender für das Taktieren jener Interessenpartei. Was erst als unzumutbar und als Erschwerung der Wiedererringung der deutschen Einheit in Freiheit erklärt wurde, wird vom BHE jetzt gepriesen. Ja, in seiner letzten Erklärung sagte Kraft sogar: "Wir räumen diesen außenpolitischen Verträgen eine solche Bedeutung ein, daß

wir ihnen den Vorrang vor allen innenpolitischen Fragen geben". Es ist fast überflüssig zu bemerken, daß Kraft in der Begründung seines Unfalls nicht seine eigenen gegen die Verträge gerichteten Argumente zu entkräften versuchte. Er bezog sich damals lediglich darauf, daß seine Bedenken gegen die Bindungsklausel zerstreut worden seien. Er tat so, als wenn sich die entsprechenden Bestimmungen des Generalvertrages über Nacht in einem neuen Licht darstellten. Daß ihm das jemand glaubte, wird er selber nicht angenommen haben. Es kam aber dem GDB-Vorsitzenden darauf schon längst nicht mehr an; denn nachdem der Bundeskanzler in den USA mit seiner Erklärung über die Priorität der EVG vor der Wiedervereinigung die absoluteste aller Bindungsklauseln den Besatzungsmächten offeriert hat, wurde Herr Waldemar Kraft ein geradezu stürmischer Befürworter der Westverträge Dr. Adenauers. Mutet der wenige stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein mit diesem Spiel von Treu und Glauben seinen Wählern nicht allzuviel zu?

+ + +

Kaderchef Dahlem blieb auf der Strecke

Th. Nach zum Teil noch widersprechenden Meldungen soll der bisherige Leiter der Kaderabteilung der SED und Mitglied des Politbüros, Franz Dahlem, entweder bereits verhaftet oder, wie es nach einer anderen Quelle heißt, zur "Berichterstattung" in Moskau sein.

Wie dem auch sei, feststeht, daß in dem jahrelangen Kampf zwischen dem obersten Apparatschik der Sowjets in Deutschland, Ulbricht, und dem prominentesten Vertreter der sogenannten westlichen Emigration, Dahlem, dieser jetzt auf der Strecke geblieben ist. Die bereits seit längerer Zeit andauernde Krise um Dahlem wurde zum ersten Mal evident, als im Januar dieses Jahres in einem Beschluß des Zentralkomitees der SED eine scharfe Kritik an der kommunistischen Westemigration geübt und dabei u. a. auch das "kapitulantenhafte Verhalten der Pariser Emigrantengruppe" erwähnt wurde. Obwohl damals eine Anzahl von Namen prominenter, zum Teil bereits verhafteter, Kommunisten wie Merker, Bauer, Jungmann, Ende usw. erwähnt worden ist, wurde Dahlem als Führer der Pariser Gruppe namentlich nicht genannt. Es war

jedoch offensichtlich, daß der Tatbestand der scharfen Kritik an den Westemigranten in vollem Maße auf Dahlem zutraf. Seit diesem Zeitpunkt gab es eine auch nach außen zugegebene Krise um Dahlem. Hinter den Kulissen dauern die Auseinandersetzungen bereits seit längerer Zeit an.

Dahlem war Kaderchef der SED und zugleich verantwortlich für die sogenannte Westarbeit, d.h. für die kommunistische Zersetzungsarbeit in der Bundesrepublik, die mit einer Vielzahl der verschiedensten Tarnorganisationen betrieben wird.

Er war gleichzeitig verantwortlich für die Schaffung der sogenannten "Aktionseinheit der Werktätigen", also für den Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. Die jahrelangen, mit einem ungeheuren Kostenaufwand betriebenen Zersetzungsversuche endeten alle immer wieder mit dem gleichen Fiasko. Die kommunistischen Tarnorganisationen wurden überall sofort entlarvt und wirkungslos gemacht; die KP bildet in der Bundesrepublik nur einen bedeutungslosen Splitterhaufen, und die vielgeschmähte und ständig diffamierte SPD ist zur größten Partei und dem stärksten Bollwerk gegen jede kommunistische Zersetzung geworden.

Die sowjetischen Auftraggeber in Karlshorst haben an dem jahrelangen Versagen der SED in den letzten Monaten die schärfste Kritik geübt. Dahlem ist das Opfer dieser Kritik. Von dem Nachfolger Semjonows, dem Kominformberater Judin, ist jetzt die Liquidation Dahlems gefordert worden.

Dahlem hat als alter Kommunist, der seit Jahrzehnten "dabei" war, alle wechselvollen Veränderungen in der Karriere eines kommunistischen Apparatschiks bis jetzt glücklich überstanden. Er wird jetzt Gelegenheit haben, sein Schicksal mit dem zu konfrontieren, das eines Tages Ulbricht und seiner Clique unvermeidlich droht, wenn von sowjetischer Seite die Schlußbilanz der kommunistischen Katastrophenpolitik in Deutschland gezogen werden wird.

+ + +